

Hochschule im Überwachungsstaat

Struktur und Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit an der Karl-Marx-Universität Leipzig (1968/69–1981)

Elise Catrain

Halle

Die Universität Leipzig feierte im Jahre 2009 ihr 600-jähriges Jubiläum. Aus diesem Anlass wurde eine historische Kommission zur Erforschung der Geschichte der Alma Mater Lipsiensis seit ihrer Gründung 1409 gebildet. Ein Teil der Untersuchungen war der Geschichte der Leipziger Universität im Herr-

schaftssystem der SED-Diktatur (1949–1989) gewidmet.

Neben der Analyse der Steuerungsprozesse der Universität durch die Staatspartei stellte sich die Frage, in welchem Maße das Ministerium für Staatssicherheit Einfluss auf den universitären Alltag ausübte. Die universitäre Landschaft stellte einen sensiblen Bereich dar, u.a. weil Hochschullehrer bzw. Wissenschaftler aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit intensivere Kontakte zu Personen aus der Bundesrepublik als andere DDR-Bürger pflegten. Zudem erleichterten die Messen in Leipzig – trotz des dauerhaften Abgrenzungskurses der DDR-Staatspartei – auch fachlichen Austausch zwischen Ost und West.

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) sollte alle gesellschaftlichen Bereiche der DDR absichern, nicht zuletzt auch das Hochschulmilieu. Das MfS war nicht nur ein Geheimdienst und als solcher zuständig für Auslandsspionage, sondern auch eine Geheimpolizei, die ihre eigene Gesellschaft teilweise bis ins kleinste Detail überwachte. Die Universitäten bildeten die zukünftigen Leitungskader des SED-Staates aus und waren aus diesem Grund angehalten, die Parteilinie zu wahren. Zugleich waren sie auch ein Ort, der Möglichkeiten des Austausches unterschiedlicher Intensität zwischen Ost und West bot. Aus der Sicht von Staatssicherheit und der SED waren sie daher vor den Angriffen des „kapitalistischen Feindes“ nicht gefeit und bedurften besonderer Aufmerksamkeit.

Die Universität Leipzig war nach der Humboldt-Universität Berlin die zweitgrößte DDR-Universität. Jedoch liegt bis heute keine umfassende Untersuchung über die Struktur und die Aktivitäten des MfS an der Karl-Marx-Universität (KMU) vor. Nur zwei Studien widmen sich dieser The-

matik, in denen das Augenmerk vor allem auf den 1950er Jahren liegt (Heydemann 2008; Triebel 2008).

Dieser Artikel schließt einige Forschungslücken zur Rolle des MfS an der Karl-Marx-Universität.¹ Die Arbeit stützt sich hauptsächlich auf Quellenstudien in den Beständen des Leipziger Universitätsarchivs, des Sächsischen Staatsarchivs und des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Aufgrund der kolossalen Materialfülle wurde das Untersuchungsfeld auf die 1970er Jahre eingegrenzt. Dieses Jahrzehnt war von markanten Zäsuren umrahmt und geprägt. Zudem zeichnete sich zwischen 1967 und 1982 ein umfangreicher Ausbau des MfS aus ab, für den insbesondere die Einführung neuer Überwachungsmethoden der sogenannten „verdeckten“ Repression steht.

Der Beitrag gliedert sich in zwei Teile: In einem ersten Schritt wird die Universitätslandschaft der KMU im genannten Zeitraum umrissen. Anschließend wird auf die Struktur und die eingesetzten Mitteln des Ministeriums für Staatssicherheit zur Kontrolle und Überwachung der Leipziger Universität eingegangen.

1. Der politisch-ideologische Auftrag der Karl-Marx-Universität in den 1970er Jahren

Die Hochschulen nahmen eine besondere Stelle im politischen System der DDR ein, da sie als Kaderreservoir galten und Personen ausbildeten, die später die Parteilinie in jedem gesellschaftlichen Bereich des Landes vertreten und durchsetzen sollten. Zu diesem Zweck war die universitäre Landschaft mit der Umsetzung dreier Hochschulreformen (1946, 1951 und 1968/69) massiv verändert worden.

An der Leipziger Universität vollzogen sich seit ihrer Neueröffnung (1946) bis zur Durchführung der Dritten Hochschulreform (1968/1969) tiefgreifende Transformationsprozesse. In den 1970er Jahren war die Universität fast vollständig von der SED beherrscht, und Hochschuldozenten nahmen dabei eine besondere Stelle ein, da sie als Repräsentanten und Erzieher der Parteilinie zu fungieren hatten. Das Lehrpersonal der KMU sollte die Studenten nicht nur fachlich ausbilden, sondern sie zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ formen. Dieser politische Auftrag wurde durch die Dritte Hochschulreform tiefer verankert. Aus den Analysen der Leitungsebene der KMU und aus der Berichterstattung von Inoffiziellen Mitarbeitern geht jedoch ein differenziertes Bild hervor: Nicht alle Dozenten

¹ Der Text basiert auf Catrain (2013).

waren sich jenes Auftrages bewusst, manche unterschätzten ihn oder nahmen ihn nicht sehr ernst. Dann aber konnten sie von der Universitätsleitung zur Verantwortung gezogen werden.

Das Grundanliegen der Dritten Hochschulreform war politisch. Die SED verfolgte vor allem das Ziel, die Schlüsselpositionen bzw. die Leitungspositionen mit zuverlässigen Kadern zu besetzen und den Anteil an sogenannten „Arbeiter- und Bauernkindern“ unter den Studierenden zu erhöhen. Die Reform galt als „Beitrag zur Klassenseinwanderung zwischen der sozialistischen DDR und dem imperialistischen Deutschland“.² Sie erfolgte in ständiger Rücksprache mit der SED-Kreisleitung, in welcher der Rektor ständige Rechenschaft gegenüber den Funktionären der Kreisleitung abzulegen hatte.

Die Dritte Hochschulreform war außerdem eine Studienreform, die man als Verschulung des Universitätssystems bezeichnen kann und den Freiraum der Studierenden einschränkte. Der Erwerb politischen Wissens wurde wichtiger als die Aneignung von Fachwissen. Zudem waren die Studenten zahlreichen Anforderungen ausgesetzt, etwa der Beteiligung an der militärischen Ausbildung und an Sommerinsätzen, die sich belastend auf ihr Fachstudium auswirkten.

Dennoch kam die politisch-ideologische Erziehung der Studenten oftmals nur schleppend voran. Symptom dafür war bspw. die kontinuierliche niedrige Teilnahmequote an den Seminaren für Marxismus-Leninismus (ML). Insgesamt dürfte der Anspruch der SED, die Studenten zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ heranzubilden, nur sehr bedingt realisiert worden sein. So lässt sich etwa feststellen, dass an einigen Sektionen kaum über die politische Situation diskutiert wurde. Grund dafür war einerseits das fehlende Interesse der Studenten für die politische Lage, andererseits ließen die Anforderungen in Studium, Praktika und Prüfungen die obligatorischen ML-Seminare lediglich als zusätzliche Last erscheinen.

In Leipzig wurden im Zuge der Dritten Hochschulreform mit der Gründung von 16 Sektionen die jahrhundertlang bestehenden Fakultäten aufgelöst. Hervorbringen sollte diese strukturelle Veränderung „eine sozialistische Gemeinschaft von Hochschullehrern, wissenschaftlichen Mitarbeitern, Studenten, Arbeitern und Angestellten, die durch wissenschaftlichen Spitzenleistungen das Ansehen der Wissenschaft der DDR ständig erhöhen“.³

² Horst Möhle, Protokoll der Kreisparteiaktivtagung am 10. Juli 1968 der Kreisparteiorganisation der KMU, 12.07.1968, StA-L, 21132 SED-Kreisleitung KMU, IV/B/14/044, Bl. 16.

³ StA-L, 21132 SED-Kreisleitung KMU, IV/B/14/095, S. 64.

Die Ergebnisse der Reform an der KMU in den 1970er Jahren erzeugen einen ernüchternden Eindruck. Struktur und Alltag der Universität waren durch das Fehlen wissenschaftlicher Autonomie und eine allgegenwärtige Politisierung geprägt, sodass jeglicher Wunsch nach Veränderung, die nicht dem Programm der ideologischen Propaganda entsprach, umgehend zunichte gemacht wurde. Die SED- und MfS-Unterlagen bestätigen und unterstreichen den Eindruck, dass gegen kritische Stimmen systematisch vorgegangen wurde. Die Umstrukturierung der Universität Leipzig und die feste Verankerung der SED an dieser bildeten essentielle Voraussetzungen dafür, dass sich das MfS an der Universität etablieren konnte.

2. Struktur und Entwicklung der Überwachung an der KMU

2.1. Das Hochschulreferat der Staatssicherheit

Dass die Kontrolle der Hochschulen einen Schwerpunkt in der Arbeit des Staatssicherheitsdienstes darstellte, wird in einer Dienstanweisung aus dem Jahre 1968 deutlich:⁴ Zum einen stellte das MfS fest, dass die politische Erziehung von Studenten und Lehrkräften noch ungenügend sei. Zum anderen sah die Staatssicherheit das Hochschulsystem systematisch durch das „kapitalistische Ausland“ bedroht. Dem sei mit Abschottung zu begegnen.

Im Zusammenhang mit der Dritten Hochschulreform übte das MfS an der KMU eine begleitende Kontrollfunktion aus. In einem ersten Schritt sammelte es Informationen über die Entwicklung und den Stand der Reform. Zweitens galt es als Priorität, herauszufinden, ob sich Stimmen gegen die Reform an der Universität verbreiteten und inwieweit der sogenannte „kapitalistische Feind“ darauf Einfluss nahm. Drittens überprüfte die Stasi, ob die leitenden Stellen der Universität hinreichend durch zuverlässige Kader wie auch durch Inoffizielle Mitarbeiter (IM) besetzt waren. In diesem Prozess spielte die Informationsbeschaffung durch IM in Form von Wochenberichten eine entscheidende Rolle, da sie dem MfS ermöglichten, einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen zu bekommen.

Die Leipziger Bezirksverwaltung des MfS – im speziellen ihre Abteilung XX, zuständig für die Überwachung von Kunst, Kirche und Kultur –

⁴ „Durchführungsanweisung Nr. 1 zur Dienstanweisung Nr. 4/66 des Ministers für Staatssicherheit“ in: BStU, MfS, BV Leipzig, Abt. XX 00285, Bd. 4, Bl. 4-19.

verfügte in den 1970er Jahren über ein massiv ausgebautes Hochschulreferat. In diesem Referat XX/3 waren im Durchschnitt acht hauptamtliche Mitarbeiter zur „Bearbeitung und Aufklärung“ der KMU eingesetzt. Durchschnittlich fünf Mitarbeiter eines weiteren Referates (XX/1) waren für die Kontrolle des medizinischen Bereichs der KMU eingesetzt, da dieser innerhalb der Universität eine relativ selbstständige Einheit darstellte.

Die Offiziere des Referats hatten sich bezüglich ihres Arbeitsschwerpunkts weitergebildet, sodass dessen Tätigkeit zunehmend durch Professionalität und Systematik gekennzeichnet war. Die Überwachung der Universität richtete sich vorwiegend auf Studenten, insbesondere auf ausländische Studenten, und auf Wissenschaftler, die den Reiskaderstatus besaßen.

2.2. Die Inoffiziellen Mitarbeiter

Strukturell hatte sich das MfS an der Universität in den 1970er Jahren so weit aufgebaut, dass eine flächendeckende Überwachung möglich wurde. Dafür stützte sich das Referat XX/3 auf ein weit gespanntes Netz von Inoffiziellen Mitarbeitern, die sich hinsichtlich ihrer Funktion und ihres Aufgabenspektrums unterschieden. Die IM – vom MfS selbst als „Hauptwaffe im Kampf gegen den Feind“⁵ definiert – nahmen eine zentrale Stelle innerhalb der Kontroll- und Steuerungsprozesse der Universität ein. Für die 1970er Jahre kann eine Zahl von 91 IM an KMU angenommen werden.⁶

Das Hauptmotiv für eine inoffizielle Zusammenarbeit mit dem MfS war die sogenannte „politische Überzeugung“ (bei 70 % der untersuchten Fälle) (Catrain 2013). Dieser vom MfS verwendete Begriff war breit gefächert. Beim Motiv der politischen Überzeugung ist eher davon auszugehen, dass es sich um eine Art Anpassungshaltungen gegenüber dem Regime handelte.

Die Aufgaben der IM an der Karl-Marx-Universität umfassten ein breites Spektrum:

- die Absicherung von konspirativen Wohnungen beziehungsweise Räumen der Universität;

⁵ Richtlinie Nr. 1/79 „für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) und Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit (GMS)“, in: BStU, ZA, MfS-BdL, Dok. Nr. 003278.

⁶ Genaue Zahlen liegen für den behandelten Zeitraum in den Akten nicht vor, was eine systematische Erfassung nicht ermöglicht. Die Studie basiert auf einer Aktenstudie von 91 IM-Vorgängen.

- die Beschaffung von Material (hierbei handelte es sich vorwiegend um IM aus der Leitungsebene der Universität);
- die Weitergabe von Informationen über einzelne Sektionen;
- die „Aufklärung“ von Mitarbeitern der KMU, speziell Reisekadern;
- die Weitergabe von Informationen über den Verlauf von Auslandsreisen sowie
- der Einsatz auf den Messen zur Informationsbeschaffung u.a. über Teilnehmer aus der Universität und ihre Kontakte zu westdeutschen Teilnehmern.

Das MfS unterteilte sein IM-Netz in sieben verschiedenen Kategorien. Vom „Allround-IM“ bis zum „Experten-IM“ war jeder Informant entsprechend seiner Position und seines Einflussbereichs an der Universität dem MfS dienlich. Besonders die Zusammenarbeit mit IM in Schlüsselpositionen war von höchster Relevanz. Desweiteren tritt bei den Recherchen eine besondere Kategorie von IM hervor: die Hauptamtlichen Inoffiziellen Mitarbeiter (HIM).

Fünf HIM wurden in den 1970er Jahren an der Karl-Marx-Universität eingesetzt. Ihre Arbeit bestand vor allem in der Überwachung und Überprüfung von Reisekadern und zeichnete sich durch eine rigorose Systematik aus. Es waren professionelle IM, die eine monatliche Vergütung für ihre Aktivitäten vom MfS bekamen. Sie arbeiteten unter falscher Identität und gaben sich bei der Befragung von Universitätsangehörigen als Mitarbeiter des MfI oder der Volkspolizei aus. Zudem besaßen sie ein Arbeitszimmer an der KMU. Der HIM „Ralf“ verfasste beispielsweise im behandelten Zeitraum über 1.000 Ermittlungsberichte über Angehörige der Universität, insbesondere über Reisekader der Bereiche Medizin und Physik. Nicht nur die fachliche Entwicklung des jeweiligen Reisekaders wurde dabei eingeschätzt, sondern auch die politische Einstellung beurteilt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass es dem Referat XX/3 durch ihre inoffiziellen Kräfte gelang, Einfluss auf das alltägliche Leben der Karl-Marx-Universität auszuüben. Vergleichbar mit einer Spinne, die ihr Netz webt, war es dem MfS gelungen, über ein vielfältiges und umfangreiches Repertoire an Informanten zu verfügen, die in jedem Fachbereich eingesetzt wurden. Nichtsdestotrotz blieb die weitere Suche und die Anwerbung von IM ein fortdauernder Schwerpunkt der Arbeit des Referats.

2.3. *Offizielle Informationsquellen*

Die regelmäßige Kommunikation zwischen Offizieren und Mitarbeitern der Leitungsebene der Universität sowie mit Sektionsdirektoren und Parteisekretären wird in der Forschung oft unterschätzt. Jedoch erwiesen sie sich im Überwachungsprozess der KMU als genauso wesentlich wie die Beziehung zu den Inoffiziellen Mitarbeitern (Kowalczyk 2013). Diese Kontakte konnten sich auf einen kurzen Zeitraum beschränken oder sich über Jahre bzw. Jahrzehnte erstrecken und von verschiedener Intensität sein. Schwierig bleibt, den Verlauf dieses Austausches zu rekonstruieren, da dafür im Vergleich zur Anleitung und Berichterstattung von IM in der Regel keine umfangreichen Akten angelegt wurden. Nichtsdestotrotz ist ersichtlich, dass die offiziellen Kontakte für das MfS von fundamentaler Bedeutung waren, um universitätsinterne Entscheidungen zu beeinflussen.

Die Grenzen zwischen offizieller und inoffizieller Zusammenarbeit konnten dabei fließend sein. Angehörige der KMU konnten als sogenannte Kontaktpersonen fungieren, sofern das MfS auf eine Anwerbung für eine inoffizielle Tätigkeit verzichtet hatte, da diese beispielsweise Führungspositionen innerhalb der Partei innehatten. Für die Staatssicherheit galt als Vorschrift, dass eine IM-Anwerbung nicht mehr in Frage kam, sobald ein SED-Mitglied eine höhere Funktion ausübte. Ebenso konnte das MfS zunächst offizielle Kontakte zu einem Mitarbeiter der Universität pflegen, bevor dieser für eine inoffizielle Mitarbeit gewonnen wurde.

Durch den regen offiziellen Austausch konnte das Referat XX/3 vor allem an universitätsinterne Unterlagen gelangen. Desweiteren ermöglichten dem MfS die offiziellen Kontakte, Entscheidungen auf der Ebene der Universität indirekt zu beeinflussen, etwa hinsichtlich der Genehmigung bzw. des Verbots von Auslandsreisen von Wissenschaftlern.

Der Austausch von Universitätsverantwortlichen mit hauptamtlichen MfS-Mitarbeitern scheint sich mit einer gewissen Normalität abgespielt zu haben. Insgesamt erweisen sich die offiziellen Kontakte des MfS an der Universität aber als eine Grauzone. Universitätsangehörige in Leitungsfunktionen waren verpflichtet, Gespräche mit der Geheimpolizei zu führen. Die Zusammenarbeit mit dem MfS wurde aber auch oftmals als selbstverständlich angesehen. Der Hauptunterschied zu einem inoffiziellen Austausch bestand freilich allein darin, dass der offizielle sich nicht geheim abspielte. Zumeist überschritten sich die Inhalte der Informationsüberlieferung, d.h. dass die offiziellen Quellen des MfS oftmals ähnliche Werturteile über überwachte Universitätsangehörige wie die inoffiziellen Quellen fällten.

2.4. Die „operative Bearbeitung“

In den 1970er Jahren verfügte das MfS über ein umfangreiches Repertoire an Überwachungsmöglichkeiten, um verdächtige Personen „operativ“ zu bearbeiten. Bei mehr als der Hälfte der untersuchten Fälle war der Verdacht auf „Republikflucht“ Grund für die Einleitung eines Operativen Vorganges. Dies war damit an der Karl-Marx-Universität der häufigste Grund – der Weggang von Wissenschaftlern blieb auch nach dem Mauerbau ein dauerhaftes Problem. Ein zweiter wichtiger Grund bestand in der Verbreitung sogenannter „staatsfeindlicher Hetze“. Oftmals standen die beiden „Delikte“ im Zusammenhang.

Bei der abschließenden Bearbeitung von Operativen Vorgängen an der Karl-Marx-Universität lassen die Recherchen drei typische Verläufe erkennen. So wurden die Operativen Vorgänge

- durch Verhaftung bzw. Inhaftierung beendet, oder
- es griffen Maßnahmen auf der Universitätsebene wie Ausschlüsse bzw. Exmatrikulationen, was dem MfS ermöglichte, auf die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens zu verzichten, oder
- sie mussten aufgrund fehlender Ermittlungsergebnisse abgeschlossen werden.

Die späten 1960er und die 1970er Jahre waren sowohl von innen- als auch außenpolitischen Umbrüchen geprägt, die sich als Bewährungsproben für das MfS erwiesen. Dieser Zeitraum ist durch die Verbesserung der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR gekennzeichnet. Aufgrund der – wenn auch sehr eingeschränkten – Neuentwicklung eines deutsch-deutschen Austausches wurde der Überwachungsapparat ausgebaut.

Zudem lösten Ereignisse wie der Prager Frühling (1968) und seine Niederschlagung durch Truppen des Warschauer Paktes oder die Solidarnosc-Bewegung in Polen (1980–1981) zahlreiche Diskussionen an der Karl-Marx-Universität aus. Einen organisierten Protest hat es jedoch an der Universität nicht gegeben, vielmehr blieb es bei isolierten Reaktionen. Während 1968 einige Universitätsangehörige aufgrund ihres non-konformen Verhaltens von der Universität entfernt und aus der SED ausgeschlossen wurden, scheinen die Ereignisse um die polnische Streikbewegung weniger Resonanz erzeugt und somit auch weniger Repressionen provoziert zu haben.

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Repressalien im Jahre 1968 als Warnung gegolten haben und dass gleiche Erfahrungen 1981 vermieden werden sollten. Der Umgang des MfS bzw. der SED mit kriti-

schen Stimmen im Zusammenhang mit diesen zwei politischen Krisen stützt die These, dass die Formierung eines Protestes an der Universität in den 1970er Jahren kaum möglich war.

Schließlich zielte die Überwachung von Studenten verstärkt auf die ausländischen Studenten ab, da aus Sicht des MfS bzw. der SED ein bestimmtes Image der DDR nach außen bewahrt werden sollte. Zum einen sollten die ausländischen Studenten mit kritischen Stimmen in der DDR nicht in Berührung kommen, um kein negatives Bild in ihrem Heimatland zu vertreten. Zum anderen sollten sie ein bestimmtes Bild der DDR im Sinne der Völkerfreundschaft nach Außen nach ihrem Aufenthalt vermitteln. Auslöser dieses besonderen Augenmerks in der Arbeit des MfS war die gewachsene Anzahl von ausländischen Studierenden an der Universität, insbesondere am Herder-Institut. Zudem schätzte das MfS die ausländischen Studierenden als ein Sicherheitsrisiko ein.

Im Referat XX/3 waren zwei von den acht hauptamtlichen Mitarbeitern mit dem „Schwerpunktbereich ausländische Studenten“ u.a. betraut. Es handelte sich dabei um Offiziere, die sich speziell mit den Besonderheiten dieser Zielgruppe vertraut gemacht hatten. Auch bei der Überwachung ausländischer Studierender nutzte das MfS die beiden Wege der Informationsbeschaffung: Einerseits ermöglichte der Rückgriff auf IM eine umfangreiche Kontrolle bis hinein ins Privatleben an den Wohnheimen. Andererseits nutzte das Referat XX/3 ihre offiziellen Kontakte zu Universitätsangehörigen in Schlüsselpositionen, um ihr Bild zu vervollständigen.

3. Schlussbetrachtungen

Das Ministerium für Staatssicherheit und speziell das Referat XX/3 besaß in den 1970er Jahren keine Allmacht über die Leipziger Universität. Es handelte sich vielmehr um ein Zusammenspiel von Maßnahmen auf der Leitungsebene der KMU und der geschickten Beeinflussung seitens des MfS durch den Einsatz von IM und Rücksprache mit offiziellen Kontaktpersonen. Man kann demnach von einer indirekten Repression sprechen, die das MfS an der Universität ausübte. Dies stellte einen deutlichen Unterschied zu den 1950er Jahren dar, in denen offene und gewalttätige Repression vom MfS ausgeübt wurde.

Ein Großteil der Arbeit des Referats XX/3 war in den 1970er Jahren „vorbeugend“, d.h. es handelte sich vorwiegend um eine präventive Tätigkeit. Es steht fest, dass das MfS akribisch nach jeder Information und jedem Detail suchte, die eine potenzielle Gefährdung der Politik der SED darstellten. Nach aktuellem Quellenstand ist jedoch davon auszugehen,

dass die Staatssicherheit oftmals die enorme Informationsmenge nicht verarbeiten konnte. Für die meisten Fälle der „operativen Bearbeitung“ stellte sich heraus, dass es für das MfS gar **nicht** notwendig war, eine Verhaftung von verdächtigen Universitätsangehörigen vorzunehmen, da Maßnahmen innerhalb der Universität und ausgehend von der Leitungsebene ausreichend waren, um nonkonformes Verhalten auszuschalten.

Diese Studie bezieht sich jedoch ‚nur‘ auf die 1970er Jahre. Aus diesem Grund besteht weiterer Forschungsbedarf. 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution wäre es z.B. unerlässlich zu untersuchen, inwieweit sich Hochschullehrer und Studenten an den Montagsdemonstrationen in Leipzig beteiligt haben. Zu erwarten ist nach den beschriebenen Entwicklungen und Umstrukturierungen der 1970er Jahre, die renitentes Potential formal und praktisch untergruben, dass die Karl-Marx-Universität während des Umbruchs 1989/90 keine treibende Kraft des Protests war – und vor allem keine solche sein konnte.

Literatur

- Catrain, Elise (2013): Hochschule im Überwachungsstaat. Struktur und Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit an der Karl-Marx-Universität Leipzig (1968/69–1981), Leipzig.
- Heydemann, Günther (2008): Die Pervertierung weltlicher Herrschaft: Anfänge geheimdienstlicher Überwachung der Universität Leipzig durch K 5 und MfS in den 1950er Jahren, in: Michael Beyer (Hg.): Christlicher Glaube und weltliche Herrschaft. Zum Gedenken an Günther Wartenberg, Leipzig, S. 275–286.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha (2013): Stasi konkret. Überwachen und Repression in der DDR, München.
- Triebel, Bertram (2008): „Wir führen den Kampf, aber wir führen ihn ungenügend“. Aktivitäten des MfS an der Universität Leipzig zwischen 1955 und 1957. Strukturen, Akteure und die Praxis der Überwachung an der Medizinischen Fakultät und am Physikalischen und Theoretisch-Physikalischen Institut, Historisches Seminar, Universität Leipzig (unveröffentlichte Magisterarbeit).

die hochschule. journal für wissenschaft und bildung

Herausgegeben von Peer Pasternack
für das Institut für Hochschulforschung (HoF)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Redaktion: Daniel Hechler

Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg, Collegienstraße 62, D-06886 Wittenberg
<http://www.diehochschule.de>

Kontakt:

Redaktion: Tel. 03491/87 62 090, Fax: 03491/466 255;

eMail: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

Vertrieb: Tel. 03491/466 254, Fax: 03491/466 255, eMail: institut@hof.uni-halle.de

ISSN 1618-9671, ISBN 978-3-937573-48-9

Die Zeitschrift „die hochschule“ versteht sich als Ort für Debatten aller Fragen der Hochschulforschung sowie angrenzender Themen aus der Wissenschafts- und Bildungsforschung. Als Beihefte der „hochschule“ erscheinen die „HoF-Handreichungen“, die sich dem Transfer hochschulforscherischen Wissens in die Praxis der Hochschulentwicklung widmen.

Artikelmanuskripte werden elektronisch per eMail-Attachment erbeten. Ihr Umfang soll 25.000 Zeichen nicht überschreiten. Für Rezensionen beträgt der Maximalumfang 7.500 Zeichen. Weitere Autoren- und Rezensionshinweise finden sich auf der Homepage der Zeitschrift: <http://www.diehochschule.de> >> Redaktion.

Das Institut für Hochschulforschung (HoF), 1996 gegründet, ist ein An-Institut der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (www.hof.uni-halle.de). Es hat seinen Sitz in der Stiftung Leucorea Wittenberg und wird geleitet von Peer Pasternack.

Als Beilage zu „die hochschule“ erscheint der „HoF-Berichterstatte“ mit aktuellen Nachrichten aus dem Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg. Daneben publiziert das Institut die „HoF-Arbeitsberichte“ (http://www.hof.uni-halle.de/publikationen/hof_arbeitsberichte.htm) und die Schriftenreihe „Hochschulforschung Halle-Wittenberg“ bei der Akademischen Verlagsanstalt Leipzig. Ein quartalsweise erscheinender eMail-Newsletter kann abonniert werden unter <http://lists.uni-halle.de/mailman/listinfo/hofnews>.

Coverabbildung: Sieghard Liebe: Schöna, Dezember 1984 (Ausschnitt). Entnommen dem Bildband: Sieghard Liebe, AnSprüche eines DDR-Jahrzehnts. Fotografien im Widerspruch zum Lösungsalltag, Centaurus Verlag, Freiburg 2011 m. frdl. Genehm. d. Verlags

Ein Vierteljahrhundert später Zur politischen Geschichte der DDR-Wissenschaft

Daniel Hechler, Peer Pasternack:

Unerschöpftes Thema. Das DDR-Wissenschaftssystem post mortem6

Anita Krätzner-Ebert:

Der Mauerbau und die Universitäten der DDR 12

Elise Catrain:

Hochschule im Überwachungsstaat. Struktur und Aktivitäten des
Ministeriums für Staatssicherheit an der Karl-Marx-Universität
Leipzig (1968/69–1981)24

Johannes Keil:

Militär(finanzökonomie) an der Universität. Eine Überlebensstrategie
der Wirtschaftswissenschaften der DDR-Humboldt-Universität34

Thomas Klemm:

„Die ästhetische Bildung sozialistischer Persönlichkeiten“.
Institutionelle Verflechtungen der Kunstlehrausbildung
an den Hochschulen in der DDR48

Peer Pasternack:

Soziologie im Industrieviertel. Arbeitssoziologische Forschung an
der Universität Halle-Wittenberg 1963–198962

Ulrich Wobus:

Das Institut Gatersleben 1943–1990. Eine außeruniversitäre
Forschungseinrichtung zwischen Selbstbestimmung und
politischer Lenkung78

<i>Marie Teitge, Ekkehardt Kumbier:</i> Medizinisches Publizieren als Politikum. Zur Entstehungsgeschichte der Zeitschrift „Psychiatrie, Neurologie und medizinische Psychologie“ in der SBZ/DDR.....	89
--	----

<i>Krijn Thijs:</i> Die Dreiecksbeziehungen der Fachhistoriker. Überlegungen über den Umbruch in der ostdeutschen Geschichtswissenschaft.....	101
---	-----

<i>Daniel Hechler, Peer Pasternack:</i> »... nicht uninteressanter als andere Dinge auch«. Zeitgeschichte der ostdeutschen Hochschulen aus der Sicht ihrer Akteure	114
--	-----

FORUM

<i>Ulrich Müller, Lukas Bischof:</i> Über die Grenzen des traditionellen Hochschulverständnisses. Plädoyer für einen „erweiterten Hochschulbegriff“	132
---	-----

<i>Gangolf Braband:</i> Ein günstiges Zeitfenster. Die Gründung der Universität Luxemburg und der Einfluss internationaler Entwicklungen im Hochschulbereich	144
--	-----

PUBLIKATIONEN

Rezension: Jürgen Kaube: Im Reformhaus. Zur Krise des Bildungssystems (<i>Daniel Hechler</i>)	157
--	-----

<i>Peer Pasternack, Daniel Hechler, Tim Hutschenreuter:</i> Bibliografie: Wissenschaft & Hochschulen in Ostdeutschland seit 1945.....	161
---	-----

Autorinnen & Autoren	185
---------------------------------------	-----

Autorinnen & Autoren

Lukas Bischof, Dipl. Psych., Projektleiter bei der CHE Consult GmbH, Berlin. eMail: lukas.bischof@che-consult.de.

Gangolf Braband, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter, Forschungseinheit „Identités. Politiques, Sociétés, Espaces“ (IPSE) an der Universität Luxemburg. eMail: gangolf.braband@uni.lu

Elise Catrain, Dr. phil., Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin. eMail: Elise.Catrain@bstu.bund.de

Daniel Hechler M.A., Forschungsreferent am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

Tim Hutschenreuter M.A., Soziologe, Forschungsreferent am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: tim.hutschenreuter@hof.uni-halle.de

Anita Krätzner-Ebert, Dr. phil., Historikerin, wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung „Bildung und Forschung“ des BStU. eMail: anita.kraetzner-ebert@bstu.bund.de

Johannes Keil, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: johannes.keil@hof.uni-halle.de

Thomas Klemm, Dr. phil., freiberuflicher Kunstwissenschaftler und Ausstellungsmacher in Leipzig. eMail: post@thomasklemm.com

Ekkehardt Kumbier, PD Dr. med. habil., Klinik und Poliklinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Universitätsmedizin Rostock. eMail: ekkehardt.kumbier@uni-rostock.de

Ulrich Müller M.A., Erziehungswissenschaftler, Leiter politische Analysen im Centrum für Hochschulentwicklung, Gütersloh. eMail: ulrich.mueller@che.de.

Peer Pasternack, Prof. Dr., Direktor des Instituts für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de; <http://www.peer-pasternack.de>

Marie Teitge, Dr. med., Universitätsmedizin Rostock. eMail: marie_teitge@web.de

Krijn Thijs, Dr. phil., Historiker, Duitsland Instituut Amsterdam, Universiteit van Amsterdam, Leibniz Summer Fellow 2015 am Zentrum für Zeithistorische Forschungen Potsdam. eMail: k.thijs@uva.nl

Ulrich Wobus, Prof. Dr. rer. nat. habil., 1992–2007 Geschäftsführender Direktor des Leibniz-Instituts für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung Gatersleben. eMail: ulrich.wobus@googlemail.com